

CARITAS CORONA UPDATE NR. 10**27. März 2020****Gesetzgebung im Bundesrat**

Das Sozialschutzpaket, COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetz, das Bevölkerungsschutzgesetz und das Gesetz zur Veränderung im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht wurden heute im Bundesrat ohne Aussprache verabschiedet. Alle vier Gesetze wurden dem Bundespräsidenten zur Unterzeichnung zugeleitet.

Philosophie des SodEG

In verschiedenen Runden wurden im DCV zur Vorbereitung der Umsetzung des SodEG Regelungsaspekte beraten. Dabei gerieten wiederholt Ziel und "Philosophie" des Gesetzes in den Blick, um Auslegungsfragen beantworten zu können.

Das "Gesetz über den Einsatz der Einrichtungen und sozialen Dienste zur Bekämpfung der Coronavirus SARS-CoV-2-Krise in Verbindung mit einem Sicherstellungsauftrag" (SodEG) macht schon im Titel deutlich, dass es um zwei Anliegen geht.

Ziel des SodEG ist, a) Beschäftigte nicht in die Kurzarbeit schicken zu müssen, sondern ihre Einsatzmöglichkeiten in Einrichtungen mit besonderem Bedarf zu nutzen und b) einen Sicherstellungsauftrag/Zuschüsse für Einrichtungen und soziale Dienste zu gestalten, damit der "Bestand der sozialen Dienste und Einrichtungen in diesem Zeitraum nicht gefährdet ist".

In der Gesetzesbegründung heißt es u.a.: "Der besondere Sicherstellungsauftrag verursacht für die Leistungsträger grundsätzlich keine Mehrkosten gegenüber den bisher erwarteten Ausgaben. Die Wirkung der Regelung ist, dass die Haushaltsmittel nicht für die Erbringung von Leistungen, sondern für die Sicherstellung der Existenz der Dienstleister erbracht werden. Der besondere Sicherstellungsauftrag für soziale Dienstleister greift im Übrigen nur subsidiär gegenüber vorrangiger Möglichkeiten der Bestandssicherung."

So klar die Subsidiarität des Sicherstellungsauftrags im § 4 SodEG geregelt ist (in dem es um die Rückerstattung "doppelt gezahlter" Fördermittel geht), so groß ist in der Praxis die Unsicherheit bezüglich der Abfolge der Verfahrensschritte in der Antragsphase.

Wir werden in der kommenden Woche darauf hinwirken, dass zentrale Verfahrensfragen seitens des BMAS geklärt und (ggf. zusammen mit dem BMF) ausreichend kodifiziert werden. Die angekündigten FAQs reichen nicht aus. Notwendig für eine einheitliche Anwendung und die Minimierung von Widersprüchen und Klagen sind insgesamt einheitliche Ausführungsbestimmungen. Zur Frage nach der Gemeinnützigkeits-Unschädlichkeit und der (Umsatz)steuerpflicht des Leistungsaustauschs hat die BAGFW-COVID19-Adhoc AG einen Brief an das BMF geschrieben.

Öffentlichkeitsarbeit

In der Infobörse gibt es nun auch eine Rubrik „Öffentlichkeitsarbeit“. Dort liegt u.a. eigens produziert Bildmaterial zum Thema „Nachbarschaftshilfe in Zeiten von Corona“, das gerne von allen für Publikationen und Social Media-Aktivitäten genutzt werden kann

([Arbeitsgruppen](#) » [Coronavirus - Infobörse](#) » [Themen](#) » [Öffentlichkeitsarbeit](#) » [Nachbarschaftshilfe](#)).

Die Abteilung Kommunikation und Medien hat zudem die Schwerpunkt-Webseite www.caritas.de/corona um zwei Interviews bereichert: Elisabeth Grochtmann, Leiterin der Stella Maris Mutter-Kind-Kur-Klinik in Kühlungsborn, berichtet über ihre Angst um die Zukunft des Hauses (<https://www.caritas.de/magazin/schwerpunkt/corona/ich-weiss-nicht-ob-es-uns-nach-dieser-kr?dossier=d2433286-0bd1-4ec8-95e5-1bd88eb9745c>); und Ruth Engler vom Kinderhaus St. Raphael schildet den völlig umgestellten Alltag in ihrer Einrichtung (<https://www.caritas.de/magazin/schwerpunkt/corona/wie-beeinflusst-corona-das-leben-in-der?dossier=d2433286-0bd1-4ec8-95e5-1bd88eb9745c>). Diese Beiträge können natürlich auch gerne für Social Media und sonstige Aktivitäten verwendet werden.

Der Deutsche Caritasverband hat heute eine Pressemeldung anlässlich der Veröffentlichung des Berichts der Rentenkommission gemacht. Die Bewertung der Rentenkommissionsergebnisse ist aus Sicht des DCV im Licht der Corona-Krise vorzunehmen: Es geht bei Rentenreformen darum, „bei laufendem Betrieb“ das Gebäude sozialer Sicherheit zu modernisieren, nicht um Abriss und Neubau. Eine nachhaltige Stabilisierung der Rentenversicherung ist angezeigt. Einige Vorschläge werden in der Pressemitteilung vom DCV ausdrücklich unterstützt, Anstrengungen zur Überwindung der Rentenlücke zwischen Frauen und Männern angemahnt. Handlungsbedarf besteht u.a. bei einer besseren Anerkennung der häuslichen Pflege in der Rente. <https://www.caritas.de/fuerprofis/presse/pressemeldungen/vorschlaege-der-rentenkommission-sind-geeignet-soziale-sicherheit-zu-staerken-7330b478-1a48-4394-bf5a-3fafedfa8376>

In einer zweiten Pressemitteilung fordert der DCV eine beschleunigte Evakuierung von vulnerablen Gruppen aus den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln, bevor es zu einer unaufhaltsamen Verbreitung der Covid-19-Erkrankung kommt <https://www.caritas.de/fuerprofis/presse/pressemeldungen/gefuechtete-in-griechenland-sind-mehr-denn-je-auf-schnelle-und-unbuerokratische-hilfe-angewiesen-de54f117-0725-4722-b50e-98468a12d66c>.

GBA-Richtlinien zur Entbürokratisierung und Versorgung von Patient/innen in Zeiten von Corona

Gestern haben wir über die Übersendung der Richtlinien-Entwürfe zur Beschleunigung und Entbürokratisierung von Verfahren zur Verordnung von Häuslichen Krankenpflege, SAPV, Heil- und Hilfsmitteln sowie zur Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung berichtet. COVID-19 bedingt werden viele Fristen erweitert und Genehmigungsvorbehalte der Kassen ausgesetzt. Ziel ist es, die Patientenkontakte mit den Arztpraxen zu reduzieren und dennoch für eine Gewährleistung der Versorgung der Patient/innen zu sorgen. Der Deutsche Caritasverband konnte mit einer Frist von wenigen Stunden dazu Stellung nehmen ([Arbeitsgruppen](#) » [Coronavirus - Infobörse](#) » [Themen](#) » [Aktuelles aus dem DCV](#) » [Stellungnahme vom 27.03.2020 Entwurf des Gemeinsamen Bundesausschusses](#)). Heute sind die Richtlinien-Änderungen, die wir überaus be-

grüßen, in Kraft getreten. Darüber hinaus hat der Gemeinsame Bundesausschuss noch weitere Richtlinien verabschiedet, zu denen wir nicht Stellungnahme- berechtigt waren, die aber auch der besseren Patientenversorgung dienen. So können neue Arzneimittelrezepte nach telefonischer Anamnese ausgestellt werden. Die Ausstellung einer AU nach telefonischer Anamnese ist nun für 14 Tage möglich. In Krankenhäusern werden vorübergehend Qualitätsanforderungen, die schwierig zu erfüllen sind, ausgesetzt. In Erwartung einer hohen Anzahl von Intensivpatient/innen wird zudem die Vorgabe, dass beatmungspflichtige Patienten innerhalb von 60 Minuten nach Krankenhausaufnahme auf die Intensivstation verlegt sein müssen, ausgesetzt. Die Ausfertigung der Beschlüsse lag zu Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch nicht vor. Wir stellen die Beschlüsse in die Infobörse ein

Videokonferenz mit dem Lenkungskreis der Ortscaritasverbände

Nach Videokonferenzen mit der AK Sozialpolitische Sprecher und mit den Geschäftsführer_innen und Vorsitzenden der Fachverbände in der letzten Woche fand heute erstmals auch eine Videokonferenz des Vorstands Sozial- und Fachpolitik mit dem Lenkungskreis der OCV statt. Vorrangig ging es um die Information über das SodEG. Zahlreiche Fragen konnten dabei beantwortet, verschiedene Anmerkungen zur Umsetzung in die Beratungen der AdhocAG COVID19 der BAGFW hinein genommen werden.

Zur Ausstattung mit und Verteilung von Schutzkleidung wurde – wie schon von den Sozialpolitischen Sprechern – die Frage nach der Sicherstellung der Ausstattung von Pflegeeinrichtungen dringlich betont. Die dezentralen Bemühungen um tragfähige Lösungen (incl. des Nähens von Schutzmasken) laufen auf Hochtouren. In NRW hat man die Landesquotierung (50:40:10) wieder aufgehoben und setzt auf sachgerechte Lösungen bei der Verteilung auf Ortsebene.

Das Corona-Team des DCV geht jetzt ins Wochenende.

Das nächste CARITAS CORONA UPDATE kommt am Montag oder Dienstag der nächsten Woche. Bleiben Sie gesund!

Berlin/ Freiburg, 27. März 2020

Eva Welskop-Deffaa, Dr. Birgit Fix, Dr. Elisabeth Fix